

Paderborner Volksblatt

für Stadt und Land.

Nro. 46.

Paderborn, 17. April

1849.

Das Paderborner Volksblatt erscheint vorläufig wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Samstag. Der vierteljährliche Abonnementspreis beträgt 10 Sgr., wozu für Auswärtige noch der Postaufschlag von 2½ Sgr. hinzukommt. Anzeigen jeder Art finden Aufnahme und wird die gespaltene Borgis-Zeile oder deren Raum mit 1 Sgr. berechnet.

Uebersicht.

Amtliches; Preisaufgabe.

Deutschland. Frankfurt (Beschluss der National-Versammlung); Berlin (über den Rücktritt des Ministeriums; der Präsident Grabow; Vorsichtsmaßregeln der englischen Regierung); Stettin (die Feierlichkeit im Swinemünder Hafen — die Fregatte Gefion); München (das Preussische Rundschreiben); Karlsruhe (die Annahme der Frankfurter Beschlüsse). Krakau (die Refrutenaushebung — Widerstand der Juden und Bauern). Italien (Die Uebergabe Genua's — Deputation von Bologna an den Papst); Rom (die lärmende Volksmenge — die Zwangs-Anleihe). Ungarn. Wien (Nachrichten vom Kriegsschauplatz); von der ungarischen Gränze (die Türken). Vermischtes.

Amtliches.

Se. Majestät der König haben den bisherigen Justiz-Minister Mintelen, unter Entbindung von der Leitung des Justiz-Ministeriums, zum Chef-Präsidenten des Appellationsgerichts zu Münster, und den Geheimen Justizrath Simons zum Justiz-Minister ernannt.

Preis-Aufgabe.

§. 1. Das Königliche Ministerium für die landwirthschaftlichen Angelegenheiten bestimmt einen Preis von Zweihundert Friedrichsd'or für die beste populäre Anleitung zum Betriebe der Landwirthschaft und einen zweiten Preis (Accessit) von Einhundert Friedrichsd'or für die nächst der gekrönten Schrift preiswürdigste Arbeit.

§. 2. Die Konkurrenzschriften müssen die wichtigsten Lehren des Acker- und Wiesenbaues, der Viehzucht und Wirthschafts-Einrichtung (Organisation) nach dem jetzigen Standpunkte der rationell begründeten Praxis, mit besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse des kleineren, namentlich des bäuerlichen Wirths im Preussischen Staat, jedoch ohne alle provinzielle Beschränkung enthalten und in Deutscher Sprache abgefasst sein. Die Verfasser haben sich aller eigentlichen wissenschaftlichen Erörterungen zu enthalten, nichtsdestoweniger aber das, was gelehrt oder angerathen wird, überzeugend zu motiviren, Fragliches von Bewährtem sorgsam zu sondern und sich einer einfachen, klaren aber doch anregenden Sprache zu befleißigen.

§. 3. Die Form der Fassung bleibt den Preisbewerbern überlassen. Wünschenswerth ist es, daß von wichtigen unbekannten Geräthen getreue Abbildungen mit Rücksicht auf den praktischen Zweck, also in bestimmtem Maßstabe, gegeben werden. Leichterliche Handschrift wird zur Bedingung gemacht. Ein bestimmter Umfang wird nicht verlangt; indessen darf dieser das Maß von 20 Bogen in groß Octav nicht überschreiten.

§. 4. Die Konkurrenzschriften müssen vor dem 1. Januar 1851 mit der Aufschrift: „Bewerbung um die von dem Königlichen Ministerium für die landwirthschaftlichen Angelegenheiten ausgesetzten Preise“ an das Königliche Landes-Oekonomie-Collegium eingesandt werden. Dieselben dürfen weder auf dem Titel, noch als Unterschrift den Namen der Verfasser führen; sie sind dagegen mit einem Motto zu bezeichnen und mit einem veriegelten Zettel zu begleiten, welcher den Namen Stand und Wohnort des Autors enthält und auf dessen Außenseite der Sinnpruch der Abhandlung steht.

§. 5. Zum Preisrichter ist vom Königlichen Ministerium für landwirthschaftliche Angelegenheiten das Königliche Landes-Oekonomie-Collegium bestellt.

§. 6. Die Preiszuerkennung hängt lediglich von der entsprechenden Würdigkeit der eingegangenen Bewerbungsschriften ab; und es ist daher auch in das Ermessen des Preisrichters gestellt, nur den Haupt-

preis, oder nur den Nebenpreis, oder keinen von beiden zurückzuerkennen. Nur die Preisentzettel der gekrönten Schriften werden geöffnet. Das preisrichterliche Urtheil wird veröffentlicht und erfolgt dessen Bekanntmachung zugleich mit der Aufforderung zur Zurücknahme der nicht gekrönten Schriften bis spätestens den 1. October 1851 in den verbreitetsten Zeitungen.

§. 7. Die gekrönten Schriften werden Eigenthum des Staats und von demselben herausgegeben. Die zuerkannten Preise werden den Siegern sofort zur Verfügung gestellt.

Berlin, den 8. April 1849.

Königl. Ministerium für landwirthschaftliche Angelegenheiten.
Im Allerhöchsten Auftrage
(gez.) Bode.

Deutschland.

Frankfurt, 11. April. Reichsversammlung. Vorsitzender: Vize-Präsident C. Kirchgesner. — Schon um 8 Uhr ist das Haus zum Erdrücken voll. Die gewöhnlichen Räume, so wie sonst abgeschlossenen Räume der Tribüne neben der Orgel sind von Zuhörern dicht besetzt. Nach der Verlesung des Protokolls wird von den neu eingegangenen Flottenbeiträgen Anzeige gemacht, darunter 50 Fl. aus Anlaß der Erwählung des Königs von Preußen zum Kaiser von Deutschland, ferner 100 Fl. zur Wiederherstellung des Steuerruders an der Deutschen Fregatte „Gefion“ (Beifall), alsdann von der Druckerei des Mannheimer Bürgerhospitals 57 Fl. nebst einem goldenen Ring (Bravo) und 4000 Fl. von der Direktion der Aachen-Münchener Feuerversicherungs-Gesellschaft. (Lauter Beifall.) Der Vorsitzende meldet von einer dem Reichsministerium der Justiz von dem Oesterreichischen Bevollmächtigten dahier zugekommenen Zuschrift des Oesterreichischen Kriminalgerichts zu Wien, worin dasselbe um die Ermächtigung bittet, die Untersuchung gegen den des Hochverraths beschuldigten Abg. Grigner einleiten zu dürfen. (Heiterkeit links.) Abg. Archer fragt den Ministerpräsidenten, ob das Gerücht, daß einige Glieder des Ministeriums eine Erklärung des Herrn Simon unterschrieben, daß sie in keine Abänderung der Verfassung willigen würden, begründet und ob diese Erklärung offiziell sei. (Große Heiterkeit.)

Ministerpräsident Herr v. Gagern: Die Herren Heinrich und Mar Simon haben eine Erklärung veröffentlicht, in welcher sie schließlich die Mittheilung machen, daß auch die Herren v. Gagern, Robert Mohl und noch viele andere Mitglieder der Reichsversammlung sich dahin vereinigt haben, in keiner Weise eine Aenderung der Reichsverfassung zuzugeben. Es ist diese Erklärung, fährt Herr v. Gagern fort, von den genannten Herren öffentlich abgegeben worden, mithin lag kein Grund für den Interpellanten vor, von einem Gerücht da zu sprechen, wo die Thatsachen so laut reden. Daß ich diese Erklärung nur in der Eigenschaft als Abgeordneter unterschrieben habe, versteht sich um so mehr von selbst, als ich zu der Zeit, da ich sie unterschrieben, bereits einige Tage vorher meine Entlassung als Reichsminister eingegeben hatte und diese auch angenommen worden war. Es kann also durchaus nicht der Verdacht oder wie ich es nennen soll, vorliegen, als sei die Erklärung eine offizielle gewesen. Ich habe die Erklärung unterzeichnet, nicht etwa, weil die Verfassung in allen Theilen mit meiner Ueberzeugung übereinstimmt, sondern weil ich der Ansicht war, daß in der Lage der Sache jeder Einzelne Opfer bringen müsse, wenn von der Nationalversammlung etwas Ganzes geschaffen werden solle. (Beifall.) Jetzt wie damals bin ich von der Ueberzeugung durchdrungen, daß an der Verfassung Nichts darf geändert werden, als auf dem Wege, welchen die Verfassung vorschreibt. (Stürmischer Beifall.)

Reichskriegsminister Peucker erstattet Bericht über die Thätigkeit